



## Niederschrift

### zur 16. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lippstadt am 12.12.2011

Sitzungsraum: Rathausaal, Lange Straße 14, 59555 Lippstadt  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 19:40 Uhr

#### Anwesend waren:

##### **Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Christof Sommer      Vorsitzender

##### **CDU-Fraktion**

Herr Werner Bresser      ordentliches Mitglied  
Herr Jan Walter Hammer      ordentliches Mitglied  
Herr Gunter Gerd Köhler      ordentliches Mitglied  
Herr Klaus Laufkötter      ordentliches Mitglied  
Herr Josef Franz      stellv. Mitglied

##### **SPD-Fraktion**

Herr Otto Brand      ordentliches Mitglied  
Herr Hans-Joachim Kayser      ordentliches Mitglied  
Frau Sabine Pfeffer      ordentliches Mitglied  
Herr Martin Schulz      ordentliches Mitglied  
Frau MdL Marlies Stotz      ordentliches Mitglied

##### **FDP-Fraktion**

Herr Dr. Olav Freund      ordentliches Mitglied  
Herr Dr. Bernd Neuhoff      ordentliches Mitglied

##### **BG-Fraktion**

Herr Gisbert Kreß      ordentliches Mitglied  
Herr Hans-Dieter Marche      ordentliches Mitglied

##### **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Frau Ursula Jasperneite-Bröckelmann      stellv. Mitglied

##### **Fraktion Christdemokraten Lippstadt**

Herr Christian Prahel      stellv. Mitglied

##### **Fraktion DIE LINKE**

Herr Michael Bruns      ordentliches Mitglied



### **3. Friedhofsgebührenkalkulation 2012**

377/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Bezug auf die Vorlage und empfahl dem Rat zu beschließen:

„Die Kapellen der städtischen Friedhöfe in Hörste und Rixbeck sind zu schließen und nicht mehr für Friedhofszwecke vorzuhalten.

Den der Originalniederschrift beigefügten Gebührenbedarfsberechnungen für das Jahr 2012 wird zugestimmt. ,

Einstimmig zugestimmt

### **4. Errichtung eines Bürgerbüros hier: Aufhebung der Sperrvermerke**

379/2011

Es entwickelte sich eine Diskussion, an der sich die Herren Sommer, Bresser und Kayser, Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie die Herren Bruns, Marche, Prahl, Dr. Neuhoff, Kress, Dr. Freund und Schulz beteiligten. Dabei standen die Kosten für die Schaffung eines Bürgerbüros und die zeitlichen Prognosen für die Realisation eines Stadthausneu oder –erweiterungsbaus im Mittelpunkt.

Herr Sommer wies daraufhin, dass die Stadthauskommission zwar empfohlen habe, den Sperrvermerk aufzuheben, durchaus aber noch eine Menge Arbeit vor sich habe. In den Wortbeiträgen wurde auch deutlich, dass die Ergebnisse zur weiteren Entwicklung des Projektes ‚Güterbahnhof‘ entscheidende Bedeutung haben werden.

Daher unterbreitete Herr Sommer einen geänderten Beschlussvorschlag, über den abgestimmt wurde. Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss, dem Rat zu empfehlen:

„Der Beschluss über die Aufhebung der Sperrvermerke bei den Investitionsmaßnahmen für die Verpflichtungsermächtigungen bei den Auftragskonten

I 01121001/7851111

(Einrichtung eines Bürgerbüros – Baukosten; 340.000,00 €)

B 01012005/7832199

(Einrichtung eines Bürgerbüros – Festwerte; 25.000,00 €)

B 01012007/7832200

(Einrichtung eines Bürgerbüros – Inventar über 410 € netto; 15.000,00 €)

wird vorerst zurückgestellt.

Eine endgültige Entscheidung soll in der ersten Hälfte des Jahres 2012 unter Berücksichtigung der abschließenden Beratungsergebnisse der Stadthauskommission und der weiteren Perspektiven für den Bereich des Güterbahnhofsgebietes erfolgen.’

Mit Stimmenmehrheit beschlossen bei 1 Gegenstimme

**5. Bereitstellung von Mitteln für Schulsozialarbeit im Rahmen des sog. Bildungs- und Teilhabepaketes**  
362/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Bezug auf die Vorlage und fasste folgende Beschlussempfehlung an den Rat:

- "1. Die für drei Jahre zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes in Höhe von zurzeit ca. 215.000 € jährlich werden unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Mittelbereitstellung durch den Kreis Soest in den Jahren 2012 – 2014 zunächst für den Ausbau bzw. die Fortsetzung von folgenden Projekten der Schulsozialarbeit verwandt:
  - a) Fortsetzung und Ausbau von Schulsozialarbeit an den Grundschulen
  - b) Einrichtung von Schulsozialarbeit an der städt. Gesamtschule
  - c) Einrichtung von Schulsozialarbeit am Ostendorf Gymnasium
  - d) Einrichtung von Schulsozialarbeit am Hanse-Kolleg (Weiterbildungskolleg)
  - e) Erweiterung der Schulsozialarbeit am INI-Berufskolleg
  - f) Erweiterung der Schulsozialarbeit an der Kopernikusschule
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und den freien Trägern der Jugendhilfe Vereinbarungen bzw. Konzeptionen zu den Bereichen Trägerschaft, Finanzierung, Organisation u. a. zu entwickeln und abzuschließen.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert bis zum 30.04.2012 über die Umsetzung der Maßnahmen zu den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages zu berichten.
4. Sollte nach Ablauf der befristeten Mittelbereitstellung durch den Bund keine Anschlussfinanzierung durch Dritte sichergestellt werden können, wird die Verwaltung gebeten, in Kooperation mit den beteiligten Schulen und der Schulaufsicht zu prüfen, inwieweit die notwendigen Maßnahmen der Schulsozialarbeit im Rahmen des Erlasses zur „Beschäftigung von Fachkräften für Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen“ fortgesetzt werden können.“

Einstimmig zugestimmt

**6. Wirtschaftsplan 2012 der CARTEC Technologie- und Entwicklungszentrum Lippstadt GmbH**  
376/2011

Unter Bezugnahme auf die Vorlage beschloss der Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat zu empfehlen:

„I. Der Rat der Stadt Lippstadt stimmt folgendem Beschluss der Gesellschafterversammlung der CarTec GmbH zu:

1. Der Wirtschaftsplan 2012 der CARTEC GmbH wird in der vorgelegten Fassung gemäß Anlage beschlossen.
2. Die Gesellschafter Stadt Lippstadt und Kreis Soest verpflichten sich zum Ausgleich des prognostizierten Jahresfehlbetrages von jeweils 85,8 T€ und zur Bereitstellung entsprechend dem Liquiditätsbedarf.
3. Die CarTec GmbH verpflichtet sich, zum jeweiligen Jahresbeginn folgende Beträge in die Kapitalrücklage der KFE GmbH einzuzahlen:
  - in 2012 = 38.192,00 €
  - in 2013 = 28.644,00 €
  - in 2014 = 13.454,00 €Diese Mittel sind von den Gesellschaftern Stadt Lippstadt und Kreis Soest je zur Hälfte der CarTec GmbH zum 01. Januar jeden Jahres zur Verstärkung ihrer Rücklage gesondert zur Verfügung zu stellen.

II. Die mittelfristige Finanzplanung 2012 – 2016 gemäß Anlage wird zur Kenntnis genommen.“

Einstimmig zugestimmt

## **7. Resolution zum Bleiberecht**

380/2011

An der Aussprache des Tagesordnungspunktes beteiligten sich die Herren Sommer und Kayser, Frau Jasperneite-Bröckelmann und Herr Dr. Freund. Da im Rahmen der Diskussion deutlich gemacht wurde, dass noch offene Fragen vorhanden sind, schlug Herr Sommer vor, die Angelegenheit an den Rat zu verweisen. Gegen diese Vorgehensweise erhob sich kein Widerspruch.

## **8. Bewerbung der Stadt Lippstadt um den Titel "Fairtrade-Stadt" hier: Anregung gem. § 24 GO NW des Lippstädter Netzwerkes LiNet**

386/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste unter Bezugnahme auf die Vorlage folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gemäß § 24 GO NW in Verbindung mit § 5 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Lippstadt, dem Antrag des LiNet zu entsprechen und dem Rat zu empfehlen:

1. Im Rahmen der internationalen Kampagne von Transfair „Fairtrade-Towns“ wird der Titel „Fairtrade-Stadt“ angestrebt; diesbezüglich wird bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates der Stadt Lippstadt sowie im Büro des Bürgermeisters (sofern ein entsprechendes Getränk angeboten wird) Fairtrade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus Fairem Handel (z. B. Tee, Orangensaft, Zucker, Honig, Kekse) verwendet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend den als Anlage beigefügten Bewerbungskriterien, einen Vertreter/ eine Vertreterin in die lokale Steuerungsgruppe, die auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“ die Aktivitäten vor Ort koordiniert, zu entsenden.“

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 2 Gegenstimmen

**9. Weiterleitung von zusätzlichen Landesmitteln für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren nach § 21 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) hier: Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe 364/2011**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

"Für die Weiterleitung der zusätzlich bereitgestellten Landesmittel für die Betreuung von unter 3-Jährigen werden außerplanmäßig 200.000 € zur Verfügung gestellt.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei dem Produktsachkonto 006 002 001 - 4141500/6141500 'Landeszuschuss zusätzliche U3-Kindpauschale'."

Einstimmig zugestimmt

**10. Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen hier: Umsetzung des Haushaltssicherungsprogramms 378/2011**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es Wortbeiträge von Herrn Sommer, Herrn Kayser, Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie den Herren Bruns, Dr. Freund, Brand und Bresser. Herr Kayser beantragte, die Angelegenheit im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu behandeln.

Über diesen Verschiebungsantrag ließ Herr Sommer abstimmen. Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss, dem Rat zu empfehlen:

Über die Erhöhung der Entgelte für die Benutzung von städtischen Sportanlagen um weitere 10 % ab 2012 wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.

Einstimmig zugestimmt

**11. Fragen der Ausschussmitglieder/Berichte der Verwaltung**

**11.1. Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II**

Herr Sommer informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass es gelungen sei, alle städtischen Maßnahmen aus dem KPII-Paket fristgerecht abzuwi-

ckeln und die Abschlussrechnungen nach Arnberg zu melden. Lediglich bei externen Maßnahmen sei dies noch nicht in Gänze gelungen. Ausschlaggebend dafür sei, dass die beauftragten Firmen aufgrund hoher Auslastung die erforderlichen Rechnungen nicht frühzeitig erstellt hätten. Herr Sommer sei aber optimistisch, dass auch die Abrechnung der externen Maßnahmen noch rechtzeitig erfolgen werde.

Herr Bresser sprach der Verwaltung seinen Dank für die gelungene Umsetzung aus.

## **11.2. Wiedereinführung des KfZ-Kennzeichens LP**

Herr Vollmer erinnerte an den Beschluss des Rates vom 18.07.2011, mit dem dieser die Wiedereinführung des Kfz-Kennzeichens LP ausdrücklich begrüßt und die Verwaltung beauftragt hatte, gemeinsam mit weiteren interessierten Städten den Text einer Resolution zu erarbeiten, mit der der Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes NRW, Herr Harry K. Voigtsberger, um Unterstützung bei der Wiedereinführung auslaufender KfZ-Kennzeichen gebeten wird.

Er informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass am 12.12.2011 die von 19 Bürgermeistern unterschriebene Resolution vorgestellt wurde und Herrn Minister Voigtsberger übergeben werden soll.

## **11.3. Jahresabschluss der Stadt Lippstadt per 31.12.2010**

Herr Prahl stellte den Antrag, die Örtliche Rechnungsprüfung möge im Hinblick auf die insbesondere in der Presse diskutierte Rückstellung für die Absicherung von Risiken aus Derivaten und Swap-Geschäften eine erste Stellungnahme zum Jahresabschluss 2010 in der nächsten Ratssitzung abgeben.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Herren Sommer und Strotmeier, Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie die Herren Kayser, Schulz Bresser und Hammer. Dabei verwies Herr Strotmeier darauf, dass der Jahresabschluss per 31.12.2010 bereits durch den Rat zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen wurde und die Örtliche Rechnungsprüfung zur Vorbereitung des Berichtes den Jahresabschluss derzeit prüfe.

Während Frau Jasperneite-Bröckelmann anmerkte, dass in Soest in ähnlicher Angelegenheit in öffentlicher Sitzung berichtet wurde, stellte Herr Kayser in Frage, ob es der Örtlichen Rechnungsprüfung möglich sei, eine aussagefähige erste Stellungnahme innerhalb einer Woche vorzubereiten und nannte als Alternative für einen Zwischenstand die Ratssitzung im Februar.

Herr Schulz schlug vor, ggf. eine Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses im Januar anzuberaumen und über das Ergebnis dann in der Öffentlichkeit zu berichten.

Während Herr Bresser keine Dringlichkeit für einen Vorabbericht sah, machte

Herr Prahl deutlich, dass zu prüfen sei, ob es sich bei der Angelegenheit um ein wesentliches Geschäft gehandelt habe. Herr Hammer erinnerte daran, dass der Rat den Kämmerer beauftragt habe, im Rahmen eines Schulden-Portfolio-Managements tätig zu werden.

Herr Sommer machte schließlich den Vorschlag, in Gesprächen mit dem Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung, Herrn Fleige, als auch mit dem Ausschussvorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Hülsemann in Gesprächen zu klären, ob und ggf. wann eine erste Stellungnahme zum Jahresabschluss 2010 möglich ist und die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Über das Ergebnis der Gespräche werde er die Fraktionsvorsitzenden umgehend in Kenntnis setzen.

Diesem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Ende des öffentlichen Teils um 19:25 Uhr.

---

gez. Sommer  
Vorsitzender

---

gez. Rubart  
Schriftführerin